

---

## **Grußwort von Staatssekretär Dr. Peer Pasternack**

an die Teilnehmer des Leibniz-Tages 2002 (als Manuskript wiedergegeben)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
ich weiß, dass die Leibniz-Sozietät keine allein ostdeutsche Vereinigung mehr ist. Indem sie aber keine allein ostdeutsche Vereinigung mehr ist, ist sie auch ein Beispiel für Integrationsfähigkeit: für die Integrationsfähigkeit von Personen und Debatten unterschiedlicher wissenschaftstheoretischer, biografischer und sozialer Hintergründe. Ich möchte deshalb etwas zu dem Thema sagen, das die Leibniz-Sozietät gleichsam exemplarisch vorlebt: Was erscheint aus unserer Sicht nötig, möglich und angebracht, um im Wissenschaftsbereich die immer noch bestehende Trennung zwischen West und Ost aufzuheben? Hier in Berlin wird dies besonders deutlich, da es eine unmittelbare Trennung zwischen den beiden Teilen der Stadt ist. Insofern ist das ein Thema, das den Senat von Berlin unmittelbar interessiert. Daher formuliert die Koalitionsvereinbarung, die Grundlage der gegenwärtigen Regierungsarbeit ist, auch, dass die Herstellung der Einheit der Stadt ein wichtiges politisches Anliegen ist.

Ich habe in den letzten Monaten zahlreiche Gespräche zu diesen Fragen geführt. Die Problemwahrnehmung brauchte dabei bei mir nicht erst hergestellt zu werden: Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau ist ja seit über zehn Jahren eines meiner wissenschaftlichen Themen. Meine Problemwahrnehmung ist mit den Gesprächen der letzten Monate aber natürlich geschärft worden.

Aktivitäten zur Bearbeitung dieses Themenfeldes können wir allerdings erst seit kurzem unternehmen. Hier muss ich um Nachsicht bitten: Aber die Aufstellung eines Doppelhaushaltes unter den absurden Berliner Haushaltsbedingungen hat uns in den ersten Monaten nahezu komplett absorbiert.

Lassen Sie mich sagen, was wir nun unternehmen bzw. in Kürze unternehmen möchten. Lassen Sie mich dabei aber auch sagen – das gebietet die Redlichkeit –, was wir aus verschiedenen Gründen nicht tun werden.

In einer Hinsicht vor allem muss ich Erwartungen dämpfen. Der Senat von Berlin bewegt sich unabhängig von seiner politischen Zusammensetzung in einer bestimmten Rechtskontinuität. Politisch getroffene Entscheidungen der Vergangenheit, die bereits gerichtlich Bestand hatten oder juristisch nicht angefochten worden waren, gelten als korrekt – und zwar unabhängig davon,

ob sie individuell als korrekt empfunden werden. Der Rechtsstaat hat nur zur Hälfte die Aufgabe, Gerechtigkeit in Einzelfällen zu schaffen. Die andere Hälfte seiner Aufgabe ist die überindividuelle Sicherung von Rechtsfrieden. Dazu dient wesentlich der abschließende Charakter von gerichtlichen Entscheidungen.

Allerdings: Natürlich lassen sich auch Entscheidungen durch nachfolgende Verwaltungs- oder Rechtssetzungsakte korrigieren. Ich weiß, dass es in dieser Hinsicht Erwartungen an den Berliner Senat gibt. Die Erwartungen betreffen, wenn schon keine tatsächliche, so doch wenigstens symbolische Wiedergutmachungen. Ich betone: Wiedergutmachungen sind auch aus meiner Sicht durchaus angemessen. Sie setzen natürlich voraus, dass Wiedergutzumachendes, also ‚schlecht Gemachtes‘ passiert war. Und das nun gab es zweifelsohne im Zuge des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus. Es gab zahllose Ungerechtigkeiten. Mittlerweile formulieren das ja auch einige der seinerzeitig aktiv beteiligten Akteure mit zunehmendem Nachdruck. Auf Grund der überproportionalen Konzentration von Wissenschaftseinrichtungen der DDR in deren Hauptstadt ist ein Großteil dieser Ungerechtigkeiten nach 1989 dann auch im vereinigten Berlin zu verzeichnen gewesen. Daran knüpfen sich die Erwartungen an den neuen Berliner Senat.

Der Wissenschaftssenator und ich möchten in dieser Hinsicht einen ersten Schritt unternehmen und eine Ost-West-Kommission beim Wissenschaftssenator berufen. Diese Ost-West-Kommission soll den Auftrag haben, praktische und symbolische Möglichkeiten zu eruieren, um das Zusammenwachsen der verschiedenen in Berlin existierenden Wissenschaftler-Milieus zu befördern. Der Kommission sollen Vertreter unterschiedlicher Herkunft – Ost und West – sowie unterschiedlicher Fachkulturen angehören. Vertreten sein sollen Verbände und Interessengruppen wie weithin Akzeptanz genießende Einzelpersonen.

Inhaltlich soll sich die Kommission mit der Geschichte des Vereinigungsprozesses in der Berliner Wissenschaft befassen. Am Ende sollten Empfehlungen an den Berliner Senat stehen. Denkbar wären auch Bausteine für eine politische Erklärung des Berliner Senats zu Verlauf und Ergebnissen des Vereinigungsprozesses in der Berliner Wissenschaft.

Darin könnten sowohl die positiven Ergebnisse gewürdigt werden – Berlin hat, um ein Beispiel zu nennen, immerhin neben Sachsen den Hauptanteil daran, dass 50% des früheren Akademiepersonals nach wie in wissenschaftlichen Einrichtungen tätig sind, nämlich in M.P.-Instituten, Blaue-Liste-Ein-

richtungen, Fraunhofer-Instituten, Großforschungszentren und Landesinstituten.

Ebenso könnten in einer solchen Erklärung Defizite benannt und ggf. mögliche Kompensationen für ungerechtfertigt erlittene Nachteile formuliert werden. Beispielsweise erschiene es mir möglich, dass konkrete Vorschläge formuliert werden für einen angemessenen Umgang der Berliner Hochschulen mit früheren Angehörigen, die im Zuge des Wissenschaftsumbaus in den Vorruhestand gegangen sind.

Sicherlich könnte sich die Kommission und im Anschluss daran der Berliner Senat auch noch einmal zu den bedrückenden rentenrechtlichen Fragen äußern – auch wenn da das Land Berlin selbst keine unmittelbare Zuständigkeit hat. Ebenso erschiene es mir denkbar, wenn empfohlen wird, eine Berliner Wissenschaftsgeschichte seit 1945 zu schreiben.

Der Wissenschaftssenator und ich würden uns freuen, wenn die Leibniz-Sozietät sich bereiterklärt, einen Vertreter in diese Kommission zu entsenden.